



Stellungnahme zum
Institut für Wirtschafts-
forschung Halle (IWH)

**Wissenschaftspolitische Stellungnahme
zum Institut für Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	2
A. Kenngrößen des Instituts	4
B. Auftrag	4
C. Forschungsleistungen	5
D. Organisation, Struktur und Ausstattung	6
E. Stellungnahme und Förderempfehlung	7
F. Ergänzende Empfehlungen	8
Anlage: Bewertungsbericht zum Institut für Wirtschaftsforschung Halle	9

Vorbemerkung

Der Wissenschaftsrat ist von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im April 1994 gebeten worden, alle Einrichtungen der Blauen Liste, beginnend mit dem 1. Januar 1995, innerhalb von fünf Jahren auf der Grundlage seiner Empfehlungen zur Neuordnung der Blauen Liste vom November 1993 zu bewerten.

Bei den Einrichtungen der Blauen Liste handelt es sich um selbständige Forschungseinrichtungen, Trägerorganisationen oder Serviceeinrichtungen für die Forschung von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse, die auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung zwischen Bund und Ländern über die gemeinsame Förderung der Forschung nach Artikel 91b des Grundgesetzes vom 28. November 1975 (Rahmenvereinbarung Forschungsförderung) gefördert werden.

Seit Januar 1992 gehört das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zu den Forschungseinrichtungen in der Blauen Liste. Der Wissenschaftsrat hat in der Vergangenheit zu Vorgängereinrichtungen des IWH Stellung genommen und empfohlen, diese aufzulösen und ein Institut für empirische Wirtschaftsforschung in einem der fünf neuen Länder neu zu gründen.¹⁾

In seiner Sitzung vom 10. Juli 1998 hat der Wissenschaftsrat beschlossen, das Bewertungsverfahren zum IWH in der ersten Jahreshälfte 1999 durchzuführen, und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingesetzt. In dieser Bewertungsgruppe haben auch Sachverständige mitgewirkt, die nicht Mitglieder des Wissenschaftsrates sind. Ihnen ist der Wissenschaftsrat zu besonderem Dank verpflichtet. Die Arbeitsgruppe hat am 18./19. März 1999 das IWH besucht und anschließend den vorliegenden Bewertungsbericht vorbereitet.

Der Ausschuss Blaue Liste hat auf der Grundlage dieses Bewertungsberichts am 1. Dezember 1999 die wissenschaftspolitische Stellungnahme erarbeitet.

¹⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Köln 1992, S. 31-37.

Der Wissenschaftsrat hat die Stellungnahme am 21. Januar 2000 verabschiedet.

A. Kenngrößen des Instituts

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ist ein eingetragener Verein mit den Organen Mitgliederversammlung, Vorstandsrat und Vorstand. Darüber hinaus existiert ein Kollegium der wissenschaftlichen Abteilungsleiter und ein Wissenschaftlicher Beirat. Das Institut wird vom Bund (Bundesministerium der Finanzen) und den Ländern finanziert.

Im Grundhaushalt (institutionelle Förderung) standen für das Haushaltsjahr 1998 9,7 Mio. DM zur Verfügung. Das IWH verfügt über 63,5 grundfinanzierte Stellen, davon 38,5 Stellen für Wissenschaftler und 25 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal. 10,5 der institutionell finanzierten Wissenschaftlerstellen sind befristet besetzt.

Die Summe der eingeworbenen Drittmittel betrug zwischen 1995 und 1998 insgesamt 5,0 Mio. DM. Der ganz überwiegende Teil der Mittel stammt vom Bund, DFG-Mittel wurden nicht eingeworben. Das Institut verfügt gegenwärtig über sechs drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse, darunter 5,5 befristet besetzt, und eine halbe Doktorandenstelle.

Die Leitung des IWH wird durch einen Präsidenten im Nebenamt wahrgenommen, der gleichzeitig Mitglied des Vorstandes ist.

B. Auftrag

Gemäß seinem Gründungsauftrag soll das IWH ökonomische Probleme und Entwicklungschancen der neuen Bundesländer analysieren, Lösungsansätze für wirtschaftliche Probleme in Ostdeutschland erarbeiten und den Transformationsprozess wissenschaftlich begleiten. Darüber hinaus hat das Institut den Auftrag, die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und den Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu analysieren und zu bewerten.

C. Forschungsleistungen

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) nimmt hinsichtlich seiner Fokussierung auf soziale und ökonomische Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa sowie der langfristig angelegten empirisch statistischen Beobachtung dieser Prozesse eine hervorgehobene Stellung ein. Mit diesem Profil ergänzt es die Fragestellungen und Forschungsprogramme anderer außeruniversitärer Wirtschaftsforschungsinstitute. Nach einer schwierigen Aufbauphase hat sich die wissenschaftliche Leistungsfähigkeit des IWH in den letzten Jahren gut entwickelt. Notwendig wird jedoch in Zukunft sein, dass das Institut noch stärker wirtschaftliche Interdependenzen zwischen Ost- und Westdeutschland berücksichtigt und Vergleiche mit anderen westeuropäischen Regionen herstellt. Gegenwärtig publizieren die Mitarbeiter in noch zu geringem Maße in referierten Fachzeitschriften; das inzwischen gute Niveau der wissenschaftlichen Arbeiten läßt jedoch weitere Veröffentlichungen erwarten.

Das Institut verfügt über fünf Forschungsabteilungen, aus denen noch nicht genügend, aber überwiegend gute und wissenschaftlich weiterführende Arbeiten hervorgehen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass das IWH, wie alle anderen Wirtschaftsforschungsinstitute der Blauen Liste, wirtschaftspolitische Beratungsleistungen erbringt. Angesichts des spezifischen Beratungsbedarfs in Ostdeutschland ist daran zu erinnern, dass qualifizierte wirtschaftspolitische Beratung stets eine hohe Qualität in der wissenschaftlichen Fundierung voraussetzt.²⁾

Die Kapazitäten der Abteilung Konjunktur und Wachstum sind im wesentlichen durch die zweimal jährlich stattfindenden Gemeinschaftsprognosen absorbiert. Darüber hinaus werden Erhebungen bei ostdeutschen Unternehmen durchgeführt und eigene empirische Untersuchungen angestellt, die in der wissenschaftliche Fachgemeinschaft nachgefragt werden. In der Abteilung Strukturwandel wird insgesamt gute theoriegeleitete Grundlagenforschung betrieben. Einzelne Bereiche, wie die Innovati

²⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahme zu den Wirtschaftsforschungsinstituten der Blauen Liste in den alten Ländern – Allgemeine Gesichtspunkte, in: Stellungnahmen zu Instituten der Blauen Liste. Wirtschaftsforschungsinstitute in den alten Ländern. Bd. III. Köln 1998, S. 19.

onsforschung, werden bislang jedoch noch zu wenig in den wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionszusammenhang eingebracht. Die Arbeiten zur Umweltpolitik konzentrieren sich zu einseitig auf spezifische Probleme in Ostdeutschland und blenden die Verknüpfung von umweltpolitischen Fragen mit Investitionsentscheidungen weitgehend aus. Die Arbeiten der Abteilung Arbeitsmarkt sind methodisch und theoretisch gut fundiert. Das Forschungsprogramm der Abteilung muss jedoch weiter fokussiert werden, wobei die Zusammenarbeit mit anderen sozialwissenschaftlichen Disziplinen verstärkt werden sollte. Die Abteilung Regional- und Kommunalforschung verfügt über gute statistische und wirtschaftsgeographische Kompetenz, die einschlägige regionaltheoretische Forschung wird jedoch noch zu wenig berücksichtigt. Eine Reihe von Arbeiten sind vorwiegend deskriptiv angelegt, institutionenökonomische Fragestellungen sind aber bereits im Ansatz vorhanden. Die kommunalwissenschaftliche Ausrichtung der Abteilung ist zu begrüßen und wird an keinem anderen Wirtschaftsforschungsinstitut der Blauen Liste in dieser Form verfolgt. Insgesamt muss sich die Abteilung in Zukunft noch stärker auf international vergleichende Projekte hin orientieren. Die Abteilung Mittel- und Osteuropa leistet mit den Projekten zum Außenhandel und zur Handelspolitik bzw. zur Integration und Transformation monetärer Märkte insgesamt gute Arbeit.

D. Organisation, Struktur und Ausstattung

Der satzungsgemäße Struktur und die Zusammenarbeit der Organe des IWH haben sich grundsätzlich bewährt. Die Kompetenzen von Vorstandsrat und Wissenschaftlichem Beirat müssen klarer abgegrenzt werden, der Vorstandsrat sollte ausschließlich Aufsichtsfunktionen wahrnehmen, während der Wissenschaftliche Beirat beratende Funktionen ausüben und eine regelmäßige Bewertung der wissenschaftlichen Arbeit vornehmen sollte.

Im Rahmen einer notwendigen Fokussierung des Forschungsprogramms sollte stärker als bisher von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, durch Einführung einer Matrixstruktur befristete Arbeitsgruppen quer zu den bestehenden Fachabteilungen

gen zu bilden. Damit wäre eine Voraussetzung gegeben, die internen Kooperationen weiter zu stärken.

Unter neuer Leitung ist es dem Institut in den letzten Jahren gelungen, seine personelle Flexibilität in deutlich erkennbarem Maße zu erhöhen. Insbesondere ist der Anteil an befristet beschäftigten Wissenschaftlern gestiegen. Diese Entwicklung sollte das Institut konsequent weiter verfolgen.

Die finanzielle und personelle Ausstattung des IWH ist gut. Nach dem inzwischen erfolgten Umzug in die Hallenser Innenstadt und damit in die Nähe der Universität sind auch die räumlichen Voraussetzungen gut.

E. Stellungnahme und Förderempfehlung

Das IWH hat in den letzten Jahren eine erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet und erbringt überwiegend gute und nachgefragte Forschungsleistungen. Es ergänzt das Themenspektrum der außeruniversitären Wirtschaftsforschungsinstitute in sinnvoller Weise. Die Arbeit des Instituts ist von überregionaler Bedeutung und gesamtstaatlichem wissenschaftspolitischem Interesse. Die Integration in eine Hochschule wird nicht empfohlen, da die Fokussierung eines universitären Fachbereichs auf Transformationsprobleme in Ostdeutschland bzw. Mittel- und Osteuropa zu einer zu einseitigen Ausrichtung des Fachbereichs führen würde und die langfristig angelegten und aufwendigen empirischen Erhebungen an der Universität gegenwärtig nur schwer durchgeführt werden können.

Der Wissenschaftsrat empfiehlt die Weiterförderung des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle als Forschungseinrichtung der Blauen Liste.

F. Ergänzende Empfehlungen

Die Nachwuchsförderung sollte verstärkt und die Zahl der Doktoranden und Habilitanden erhöht werden.

Die Drittmiteleinwerbungen müssen insgesamt gesteigert werden. Insbesondere die Einwerbung von DFG- und EU-Mitteln muss zukünftig eine hohe Priorität haben.

Der Präsident sollte das Institut künftig im Hauptamt leiten.

ANLAGE

**Bewertungsbericht zum
Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)**

<u>Inhalt</u>	<u>Seite</u>
Vorbemerkung	10
A. Darstellung	11
I. Entwicklung, Ziele und Aufgaben	11
II. Arbeitsschwerpunkte	13
III. Organisation und Ausstattung	21
IV. Veröffentlichungen und Tagungen	25
V. Kooperationen und Förderung des Nachwuchses	26
VI. Künftige Entwicklung	28
B. Bewertung	31
I. Zur wissenschaftlichen Bedeutung	31
II. Zu den Arbeitsschwerpunkten	32
III. Zur Organisation und Ausstattung	34
IV. Zu den Publikationen	35
V. Zu den Kooperationen und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses	35
VI. Zusammenfassung	36
Anhang 1-5	40

Vorbemerkung

Der vorliegende Bewertungsbericht zum Institut für Wirtschaftsforschung Halle ist in zwei Teile gegliedert. Der darstellende Teil ist mit dem Institut abschließend auf die richtige Wiedergabe der Fakten abgestimmt worden. Der Bewertungsteil gibt die Einschätzung der wissenschaftlichen Leistungen, Strukturen und Organisationsmerkmale wieder.

A. Darstellung

A.I. Entwicklung, Ziele und Aufgaben

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) wurde zum 1. Januar 1992 durch eine Vereinbarung zur gemeinsamen Förderung eines Instituts für empirische wirtschaftswissenschaftliche Forschung zwischen dem Bund und dem Land Sachsen-Anhalt in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins gegründet. Dem voraus gingen Empfehlungen des Wissenschaftsrates, der im Rahmen der Erneuerung der Wirtschaftswissenschaften in Ostdeutschland Bedarf für ein Institut der angewandten empirischen Wirtschaftsforschung festgestellt hatte.³⁾ In diesem Zusammenhang empfahl er, das Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (ZIW) der Akademie der Wissenschaften der ehemaligen DDR aufzulösen und ein Institut für empirische Wirtschaftsforschung in Ostdeutschland neu zu gründen. Das Institut war zunächst in Berlin angesiedelt, zum Jahresbeginn 1994 fand der Umzug nach Halle statt.

Gemäß seinem Gründungsauftrag soll das IWH ökonomische Probleme und Entwicklungschancen der neuen Bundesländer analysieren, Lösungsansätze für wirtschaftspolitische Probleme in Ostdeutschland erarbeiten und den Transformationsprozess wissenschaftlich begleiten. Darüber hinaus hat das Institut den Auftrag, die Transformationsprozesse in Mittel- und Osteuropa und in den Republiken der ehemaligen Sowjetunion zu analysieren und zu bewerten. Unter Transformation versteht das Institut dabei die Umwandlung sozialistischer Volkswirtschaften in Marktwirtschaften und deren fortschreitende Integration in die internationale Arbeitsteilung.

Als Schwerpunkte der bisherigen Arbeit wurden vor allem

- der Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern wissenschaftlich begleitet,

³⁾ Vgl. Wissenschaftsrat: Stellungnahmen zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR auf dem Gebiet der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Köln 1992, S. 31-37.

- der strukturelle Wandel und die Konjunktorentwicklung für Deutschland untersucht,
- Arbeitsmarktfragen, die sowohl in den neuen Ländern, aber auch in Westdeutschland auf absehbare Zeit zu den zentralen Problemen der wirtschaftlichen Entwicklung gehören, analysiert,
- Fragen der regionalen und kommunalen Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland untersucht und
- die wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie auch die Rückwirkung der mittel- und osteuropäischen Entwicklung auf Deutschland und auf Westeuropa analysiert.

Unbeschadet des starken Bezugs auf Ostdeutschland versteht sich das IWH als ein Institut mit einer überregionalen Fragestellung. Die überregionale Bedeutung des Hauptarbeitsgebietes ergebe sich aus den wirtschaftlichen Interdependenzen zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Analyse ostdeutscher Entwicklungen sei deshalb stets im Zusammenhang mit der in westdeutschen Bundesländern zu sehen. Der europäische Kontext werde vor allem durch die hohe Gewichtung Mittel- und Osteuropas im Forschungsbereich des IWH hergestellt. Zudem sei der Erfahrungsgewinn aus den ostdeutschen Transformationsprozessen auch für die Gestaltung von strukturellen Anpassungen in anderen Regionen in Europa verwertbar.

Da der Transformationsprozess nur im Zusammenwirken seiner einzelnen Elemente verständlich wird, folgt das IWH bei der Wahl der Themen und Methoden einem umfassenden Ansatz. Das Institut erarbeitet u. a. Analysen von gesamtwirtschaftlichen, branchenspezifischen und regionalen Entwicklungen, Arbeitsmarktbedingungen, umweltökonomischen Fragen, Einschätzungen über Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen und Analysen von Anpassungsprozessen in Mittel- und Osteuropa. Das Institut beteiligt sich an der Gemeinschaftsdiagnose zur Konjunkturlage und an der Strukturberichterstattung. Manche Forschungsthemen, wie etwa Anpassungen in der Landwirtschaft und in der Wohnungswirtschaft, blieben bisher wegen der begrenzten Forschungskapazität ausgespart. Auf der Grundlage amtlicher und nicht-amtlicher Statistiken sowie eigener Erhebungen stellt das IWH über seine wissenschaftlichen Untersuchungen hinaus auch statistische Informationen zur Verfügung.

Zur Umsetzung seines Gründungsauftrags hat das IWH einen Forschungsplan mit dem Titel „Äußere und innere Integration der deutschen Wirtschaft“ beschlossen. Während die innere Integration Deutschlands durch die wirtschaftlichen Anpassungsprozesse in Ostdeutschland bestimmt wird, betrifft die äußere Integration die Positionierung der deutschen Wirtschaft in dem sich nach Mittel- und Osteuropa erweiternden Wirtschaftsraum. Die Themenschwerpunkte des Forschungsplanes lauten „Wandel von Branchenprofilen“, „Dynamik der Standortentwicklung“, „Integration der Märkte“, „Anpassung der Institutionen“. Die Forschungsarbeit wird in der Regel in Forschungsabteilungen durchgeführt; ausgewählte Themen werden abteilungsübergreifend in Arbeitsgruppen organisiert.

A.II. Arbeitsschwerpunkte

Das IWH ist organisatorisch in fünf Forschungsabteilungen gegliedert. Die Aufgaben der Abteilungen werden wie folgt beschrieben:

Abteilung Arbeitsmarkt

Die Forschungstätigkeit der Abteilung Arbeitsmarkt (8 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon 4 mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen) gründet sich auf den hohen Stellenwert der nach wie vor ungelösten Arbeitsmarktprobleme im Transformationsprozess der ostdeutschen Wirtschaft. Als Leitthese wird davon ausgegangen, dass Arbeitsmarktungleichgewichte in erster Linie Ausdruck für ein Spannungsverhältnis zwischen institutionellen Regelungen und Marktmechanismen sind. Einerseits besitzen Institutionen wie Arbeitsrecht, Arbeitsschutz, Tarifvereinbarungen und soziale Sicherung eine funktionale Legitimation, indem sie verlässliche und produktive Rahmenbedingungen schaffen, andererseits behindern sie jedoch Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt über den Preismechanismus. In der Folge kommt es zu Mengenreaktionen, die sich in Rationalisierungsdruck, Entlassungen und Standortverlagerungen niederschlagen. Davon betroffen sind vor allem Arbeitsplätze mit niedriger Produktivität bzw. Geringqualifizierte. Der angesprochene Zielkonflikt erfordert einen ausgewogenen Umbau von institutionellen Gegebenheiten. Die sich aus dieser Anforderung ergebenden Forschungsthemen konzentrieren sich auf die Wechselwirkungen zwischen Prozessen auf dem Arbeitsmarkt und dem Wandel von arbeitsmarktrelevanten Institutionen.

Das Spannungsverhältnis zwischen Arbeitsmarkt und Institutionen zeigt sich, so das Institut, in besonderem Maße in Ostdeutschland, weil hier im Gefolge von traditionellen Erwerbsmustern aus der DDR noch immer ein vergleichsweise hohes Arbeitsangebot einer transformationsbedingt niedrigen Arbeitsnachfrage gegenübersteht,

wobei der Angebotseffekt deutlich überwiegt. So entstehen einerseits ein erhöhter Bedarf nach arbeitsmarktpolitischen Eingriffen und andererseits ein verstärkter Erosionsdruck auf die im Zuge der Transformation nach westdeutschem Muster eingeführten Institutionen. Die in der Abteilung durchgeführten Untersuchungen der damit verbundenen Prozesse lassen sich unter den vier Schwerpunkten Arbeitsmarktpolitik, Lohnpolitik, Erwerbsverhalten und soziale Sicherung zusammenfassen. Aufgrund der Strukturelevanz der Fragestellungen ist der Forschungsansatz überwiegend mikroökonomisch orientiert und methodisch entsprechend ausgerichtet. Für gesamtwirtschaftliche Analysen des Arbeitsmarktes wird das am IWH entwickelte makroökonomische Modell eingesetzt.

Wegen des besonderen öffentlichen Interesses in Ostdeutschland stehen im Rahmen des Schwerpunkts Arbeitsmarktpolitik vor allem Untersuchungen zu den ökonomischen Auswirkungen des zweiten Arbeitsmarkts in den neuen Ländern im Vordergrund. Dazu gehören Analysen zu Wettbewerbsverzerrungen, Verdrängungseffekten, Mitnahmeeffekten, Fehlanreizen, Maßnahmeneffizienz sowie fiskalischen Wechselwirkungen. Teilweise verwandte Fragestellungen ergeben sich für den Bereich der beruflichen Weiterqualifikation, dessen Bearbeitung derzeit vorbereitet wird. Weitere wichtige Arbeitsgebiete bestehen in der Analyse von Möglichkeiten zur Integration von Geringqualifizierten über eine öffentliche Subventionierung von Niedrigeinkommen (Kombilohnmodelle) sowie Untersuchungen über den Einfluss von Unterstützungsleistungen auf die individuelle Arbeitslosigkeitsdauer.

Lohnpolitische Fragestellungen befassen sich in erster Linie mit den Folgen der raschen Lohnangleichung in Ostdeutschland. Dazu zählen das Ausmaß des lohnbedingten Beschäftigungsabbaus, die Erosion des Flächentarifsystems und das Entstehen neuer Formen der Lohnfindung. Darüber hinaus werden Flexibilitätspotentiale des Tarifsystems, Beschäftigungswirkungen der Arbeitszeitpolitik sowie die Folgen der europäischen Integration für die Lohnpolitik untersucht.

Das besondere Erwerbsverhalten in Ostdeutschland ist zum einen durch eine im Vergleich zu Westdeutschland höhere Erwerbsneigung ostdeutscher Frauen und zum anderen durch die nur allmähliche Anpassung an einen verlängerten Verbleib im Bildungssystem gekennzeichnet. Beide Faktoren werden nach Angaben des Instituts noch auf längere Sicht spürbar bleiben und somit auch künftig einen erheblichen Beitrag zu den besonderen Arbeitsmarktproblemen in Ostdeutschland leisten. Zu den daraus ableitbaren Forschungsthemen gehören Determinanten des Arbeitsangebots, berufliche Selbständigkeit als Alternative zum traditionellen Arbeitsverhältnis, Beschäftigtenmobilität, Binnenmigration des Humankapitals und das Ausbildungsverhalten ostdeutscher Jugendlicher.

Das System der sozialen Sicherung stellt einen wichtigen Arbeitskosten- und damit Wettbewerbsfaktor dar. Durch demographische Ungleichgewichte, verschärften Kostenwettbewerb innerhalb der Europäischen Union und die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses werden die sozialen Sicherungssysteme künftig erheblichen Belastungen ausgesetzt sein, die Reformbedarf hervorrufen. Neben entsprechenden Simulationsstudien erstrecken sich die Forschungsthemen auf die Analyse atypischer Beschäftigungsverhältnisse. Im Zuge der geplanten EU-Ost-Erweiterung wird

künftig auch die Rolle des Zuwanderungspotentials in den Blickpunkt des Interesses rücken.

Innerhalb des Instituts bestehen Arbeitsbeziehungen zu den übrigen Abteilungen. So sind Mitarbeiter an den sogenannten Anpassungsberichten beteiligt, die unter der Regie der Abteilung Strukturwandel erstellt werden. Für die regelmäßige Konjunkturanalyse des Instituts werden Daten und Einschätzungen zum Arbeitsmarkt bereitgestellt. In Zusammenarbeit mit der Abteilung Regional- und Kommunalforschung wurde eine Projektgruppe eingerichtet, die die Möglichkeiten zur Durchführung von experimentellen Kombilohnmodellen auf der kommunalen Ebene ausloten soll. Nach außen bestehen gemeinsame Forschungsprojekte mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt/Main, der Humboldt-Universität zu Berlin, dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dem *Center for Labour Market Research* (Århus) sowie der *Texas A & M University*.

Abteilung Konjunktur und Wachstum

Zentrale Aufgabe der Abteilung Konjunktur und Wachstum (11 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon 3 mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen) ist die Diagnose und Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Hieraus resultiert auch die Mitwirkung an der halbjährlichen Gemeinschaftsdiagnose der Wirtschaftsforschungsinstitute und im Arbeitskreis Steuerschätzung beim Bundesfinanzministerium. Ein Schwerpunkt liegt darin, die Wirkungen der Transformation Ostdeutschlands auf den gesamtwirtschaftlichen Produktionsverlauf zu analysieren. Diesem Forschungsziel dienen auch die von der Abteilung regelmäßig durchgeführten Unternehmensbefragungen. Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Integration innerhalb der Europäischen Währungsunion hat sich die Abteilung zudem verstärkt der Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung im Euroraum zugewandt. Die Abteilung stellt mit den Konjunkturanalysen und -prognosen sowie wirtschaftspolitischen Empfehlungen ein gesamtwirtschaftliches Rahmenwerk für viele Forschungsaktivitäten in den anderen Abteilungen des Instituts bereit.

Die konjunkturtheoretischen Untersuchungen basieren auf einer detaillierten Analyse der Nachfrage- und Angebotsseite, dabei wird auf der Angebotsseite zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland unterschieden. Angesichts der sich weiter verschlechternden amtlichen Datenlage sieht die Abteilung eine besondere Herausforderung darin, die Ermittlung des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland von der Entstehungsseite her so weit wie möglich fortzuführen. Arbeitsschwerpunkte sind die Bestimmungsgründe für die Entwicklung in den einzelnen Aggregaten der Gesamtnachfrage sowie der Produktion und Beschäftigung. Die Forschungsfelder werden durch eine Analyse der monetären Märkte und der öffentlichen Haushalte ergänzt. Diagnose und Prognose entstehen in einem arbeitsteiligen Prozess, in den auch andere Abteilungen des IWH einbezogen sind. So liefert die Abteilung Arbeitsmarkt Abschätzungen zur Arbeitsmarktentwicklung. Die Abteilung Mittel- und Osteuropa trägt zum weltwirtschaftlichen Teil der Konjunkturanalyse bei. Das makroökonomische Modell des IWH wird begleitend für Simulationsrechnungen eingesetzt.

Angesichts der immer noch ausgeprägten sektoralen Entwicklungsdivergenzen werden bei der Analyse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland sehr stark sektorspezifische Bezüge hergestellt. Zur Einschätzung der Fortschritte bei der Integration der ostdeutschen Wirtschaft in die überregionale und die internationale Arbeitsteilung sowie bei der Herstellung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen werden von der Abteilung regelmäßig Primärdaten bei einem festen Kreis von Industrie- und Bauunternehmen in Ostdeutschland erhoben, in einer Unternehmensdatenbank systematisiert sowie ausgewertet und der Öffentlichkeit präsentiert. In Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird auf der Grundlage von Paneldaten das Wachstum der Produktionsunternehmen in Ostdeutschland untersucht.

Im Rahmen der Forschungsfelder der einzelnen Mitarbeiter werden darüber hinaus Fragestellungen vertieft, die sich aus der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion und aktuellen Entwicklungen in der empirischen Wirtschaftsforschung ergeben. Dazu gehören die Untersuchungen zum Konjunkturverbund zwischen den Teilnehmerländern an der Europäischen Währungsunion, die Bestimmung des Produktionspotentials für den Euroraum, Analysen über die geldpolitische Strategie der Europäischen Zentralbank und das Zusammenwirken der Lohn- und der Geldpolitik bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit. Weiterhin werden auch die branchenspezifische Lohn-, Beschäftigungs- und Produktivitätsentwicklung in Ostdeutschland sowie die Determinanten der Entwicklung des ostdeutschen Bausektors und seine Bedeutung für die Gesamtwirtschaft thematisiert.

Interesse an den für West- und Ostdeutschland gesondert erstellten Konjunkturanalysen und den wirtschaftspolitischen Empfehlungen findet sich nicht nur bei den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen auf der Ebene der Regionen, Bundesländer, des Bundes und der Zentralbank, sondern auch bei Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden und im wissenschaftlichen Bereich.

Abteilung Mittel- und Osteuropa

Die Aufgaben der Abteilung Mittel- und Osteuropa (7 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon 3 mit befristeten Beschäftigungsverhältnissen) leiten sich von den gesamtwirtschaftlichen, strukturellen und institutionellen Anpassungsprozessen ab, die durch den Systemwandel in Mittel- und Osteuropa ausgelöst werden. Diese Anpassungsprozesse finden nicht nur in Mittel- und Osteuropa statt, sondern über Veränderungen der internationalen Wirtschaftsbeziehungen auch in der Europäischen Union, der mittel- und osteuropäische Länder absehbar beitreten werden. Besondere Aufmerksamkeit widmet die Abteilung daher Themen mit außenwirtschaftlichem Bezug, wobei eine enge Beziehung zwischen kontinuierlichem Monitoring, empirischer Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung besteht. In der Abteilung wird zu drei Schwerpunkten gearbeitet. Der Arbeitsschwerpunkt Transformation und Integration der monetären Märkte beschäftigt sich vorwiegend mit der Entstehung und Übertragung von Währungskrisen in Mittel- und Osteuropa. Ziel ist es, das Gefahrenpotential von Krisen in unmittelbarer Nachbarschaft der EU zu identifizieren und verschiedene wirtschaftspolitische Alternativen zu deren Vermeidung bzw. Abwehr zu bewerten. Der Arbeitsschwerpunkt Wachstum, Handel und Wettbewerbsfähigkeit untersucht die

strukturelle und innovative Anpassung des neuen Unternehmenssektors in den Transformationsländern. Ziel des Schwerpunktes ist es, wachstums- und strukturpolitische Konzepte der Länder, aber auch der EU (Strukturfonds) hinsichtlich ihrer Wirkungen auf die Transformationsländer und die EU (zum Beispiel Budgeteffekte) zu beurteilen. Hierzu werden auch Erfahrungen aus der ostdeutschen Transformation einbezogen. Der Arbeitsschwerpunkt Transformation Russlands trägt der besonderen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung Russlands für die EU und Deutschland Rechnung. Ziele sind hier neben der Analyse ausgewählter Probleme vor allem eine kontinuierliche Berichterstattung und Datenpräsentation, weil in Russland im Vergleich mit anderen Ländern die statistische Berichterstattung besonders lückenhaft ist.

Die drei Arbeitsschwerpunkte sind als miteinander zusammenhängende Bereiche konzipiert. Neben dem außenwirtschaftlichen Bezug der meisten Themen ist die Untersuchung der Stabilität wichtiger Bereiche der Volkswirtschaften ein verknüpfender Aspekt. Stabilität impliziert, dass ein Bereich keine gesamtwirtschaftlichen Krisen auslöst. Diesem Ansatz entsprechend konzentriert sich die Forschung auf die makro- und mesoökonomische Ebene, die in einzelnen Fällen durch mikroökonomische (Unternehmensbefragungen) und institutionenökonomische Ansätze ergänzt werden. Im Arbeitsschwerpunkt Monetäre Märkte wurden bisher Arbeiten zum Entwicklungsstand und zur Integration der Kapitalmärkte, zur Übertragung von Währungskrisen und zur Wechselkurspolitik in Vorbereitung auf den Beitritt der Länder zu EWR und EMU fertiggestellt (Stabilität des Finanzsektors). Der Arbeitsschwerpunkt Wachstum, Handel und Wettbewerbsfähigkeit hat sich vor allem einer Wachstumskomponentenanalyse, einer Analyse der Entwicklung der Strukturen im Handel mit der EU und der Fähigkeit von Unternehmen in den Transformationsländern zur Absorption und Diffusion technischen Wissens zugewandt (Stabilität des Unternehmenssektors). Der Arbeitsschwerpunkt Transformation Russlands konzentriert sich auf ein seit 1992 laufendes Gemeinschaftsprojekt mit dem DIW, Berlin, und dem IfW, Kiel, und beinhaltete bisher u. a. Analysen zur technischen Zusammenarbeit und zur Einkommenspolitik (soziale Stabilität).

Die Analyse der Anpassungsprozesse in Mittel- und Osteuropa setzt neben ökonomischen Kenntnissen auch Sprach- und Länderkompetenz voraus. Die Abteilung ist auf eine internationale Kooperation gerade auch mit osteuropäischen Wissenschaftseinrichtungen orientiert. Schließlich stellt die Abteilung anderen Forschungsabteilungen des IWH Informationen und Analysen über die Bereiche und die Intensität der Anpassungserfordernisse für Deutschland bereit; sie nutzt ebenso die Ergebnisse anderer Abteilungen. Ein Beispiel sind Untersuchungen zur wirtschaftlichen Entwicklung und zum Wachstum in Mittel- und Osteuropa, die von der Abteilung Konjunktur und Wachstum genutzt werden. Andere Beispiele sind Untersuchungen zur Arbeitsmarktentwicklung in Transformationsländern und zur Entwicklung von Produktivität und Handelsstrukturen.

Abteilung Regional- und Kommunalforschung

Die Forschungstätigkeit der Abteilung (4 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon einer mit befristetem Beschäftigungsverhältnis) ist nach der Wiederbesetzung der Stelle

des Abteilungsleiters neu ausgerichtet worden. Leitgedanke ist es, die Chancen und Risiken eines verstärkten „Wettbewerbs der Regionen“ zu untersuchen. Hierfür hat sich die Abteilung die vier Forschungsschwerpunkte Faktoren und Strategien des regionalen Wachstums, Regionalökonomische Institutionenanalyse, Kommunalforschung sowie Regionale Wohlstandsmessung gesetzt. Die volle Realisierung des Forschungsprogramms setzt allerdings nach Ansicht des IWH eine Ausweitung der personellen Ausstattung der Abteilung voraus.

Im Rahmen des Forschungsschwerpunktes Faktoren und Strategien des regionalen Wachstums geht es um die Herausarbeitung derjenigen Wachstumsfaktoren sowie regionalen Entwicklungsstrategien, die maßgeblich zum Erfolg oder Misserfolg von Regionen beitragen; das besondere Interesse gilt dabei den Möglichkeiten eines endogenen Wachstums von wirtschaftlich benachteiligten Regionen, die bislang in besonderem Maße Gegenstand regionalpolitischer Bemühungen sind. Der Forschungsschwerpunkt Regionalökonomische Institutionenanalyse ist auf Untersuchungen zur effizienten Ausgestaltung des Ordnungsrahmens für den interregionalen Wettbewerb sowie zum zukünftigen Bedarf an gesamtwirtschaftlichen Institutionen für einen Wohlstandsausgleich zwischen den Regionen bzw. für eine Aktivierung der Selbsthilfepotentiale von wirtschaftlich benachteiligten Regionen ausgerichtet. Nach Auffassung der Abteilung lässt sich dieser Forschungsschwerpunkt – ebenso wie der Schwerpunkt Faktoren und Strategien des regionalen Wachstums – am Beispiel des Transformationsprozesses in den Neuen Bundesländern besonders gut bearbeiten. Denn in Ostdeutschland ist die räumliche Differenzierung in wohlhabendere und weniger wohlhabende Regionen noch immer erst in den Anfängen begriffen. Es lässt sich hier deshalb – wie mit einem großangelegten Feldexperiment – untersuchen, welche regionsspezifischen Faktoren sowie institutionellen Rahmenbedingungen für den relativen Erfolg einer Region verantwortlich zeichnen.

Die Abteilung will ihre Forschungen zu den regionalen Wachstumsfaktoren und –strategien sowie zu regionalwirksamen Institutionen zukünftig noch stärker als bereits in der Vergangenheit auf den Regionstyp Kommune konzentrieren, was innerhalb des mit Kommunalforschung bezeichneten dritten Forschungsschwerpunktes erfolgen soll. Das spezielle Interesse an den Kommunen resultiert daraus, dass die Einführung der kommunalen Selbstverwaltungsinstitutionen eine wesentliche Ausgangsbedingung für die Systemtransformation in Ostdeutschland bildete, die nahezu genauso revolutionär war wie der Übergang zur Marktwirtschaft. Hinzu kommt, dass der Druck der aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf die Kommunen im Osten (besonders hohe Arbeitslosigkeit, marode Infrastruktur, über Jahrzehnte hinweg „eingefrorene“ Siedlungsstrukturen, fehlende Steuerbasis, unkontrollierte Suburbanisierung, hoher Bestand an denkmalschutzwürdigen Bauten sowie Altlastenbelastung) stärker ist als im Westen. Schließlich wird die Bedeutung der Kommunalforschung aus der Sicht der Abteilung zukünftig noch weiter zunehmen, vor allem weil sich für den internationalen Wettbewerb zwischen den Regionen die Frage stellt, ob die in Deutschland entstandenen kommunalen Institutionen längerfristig noch von Vorteil sind.

Im Rahmen ihres vierten Forschungsschwerpunktes (Regionale Wohlstandsmessung) will die Abteilung zur Operationalisierung und Messung von regionalen

Wohlstandsdifferenzen sowie von regionalen Wohlstandsindikatoren beitragen. Dieser Schwerpunkt hängt eng mit den Fragen nach dem (Miss-)Erfolg im Wettbewerb bzw. dem „Wohlstandsranking“ von Regionen sowie dem Wohlstandsausgleich zwischen den Regionen zusammen. Das Ziel ist, aussagekräftige Indikatoren zu entwickeln, auf deren Basis auch die zukünftigen Schwellen für die Intervention durch zentralstaatliche Stellen zur Sicherung eines Mindestmaßes an räumlicher Egalität definiert werden können.

Eine ihrer wesentlichen Stärken sieht die Abteilung darin, dass ihre Untersuchungen aufgrund der fachlichen Zusammensetzung des Wissenschaftlerstabes (mit Spezialisierungen für Ökonomie, Soziologie und Geographie) in starkem Maße interdisziplinär angelegt sind. Zunehmend erscheine die Einbeziehung von solchen Faktoren in die Untersuchungen notwendig, die über die Bandbreite der traditionell ökonomischen Erklärungsfaktoren hinausgehen; exemplarisch seien hier „weiche“ Standortfaktoren sowie „innovative Milieus“.

Die Forschungsprojekte mit Bezug zum Schwerpunkt Faktoren und Strategien des regionalen Wachstums konzentrierten sich in der Vergangenheit auf Regionen im Land Sachsen-Anhalt sowie auf Grenzregionen zu Polen und Tschechien. Projekte mit Bezug zum Schwerpunkt Kommunalforschung behandelten die räumliche Entwicklung in den ostdeutschen Großstädten und ihrem Umland. Außerhalb der vier neuen Forschungsschwerpunkte war in der Vergangenheit insbesondere das im Auftrag der BvS durchgeführte Projekt zu ostdeutschen Management-Buy-Outs angesiedelt.

Abteilung Strukturwandel

Die Abteilung Strukturwandel (10 wissenschaftliche Mitarbeiter, davon 4 befristet, eine Doktorandenstelle) hat die Aufgabe, längerfristig angelegte Veränderungen der arbeitsteiligen Strukturen in der deutschen Wirtschaft zu untersuchen. Da die Integration Ostdeutschlands und der mittel- und osteuropäischen Länder in die internationale Arbeitsteilung Anpassungsprozesse im Verhalten der Marktteilnehmer, bei der Organisation von Märkten und in der Wirtschaftspolitik auslöst, stellt die auf disaggregierter Ebene vorgenommene Analyse dieser Veränderungsprozesse nach Auffassung des Instituts einen wesentlichen Bestandteil des Forschungsauftrags des IWH dar.

Das Ziel der Forschungsarbeiten ist es, den Strukturwandel auf Branchen- und Unternehmensebene quantitativ zu erfassen und seine Ursachen, Mechanismen und gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen herauszuarbeiten. Auf der Basis dieser Analysen werden Lösungen für wirtschaftspolitisch relevante Problemstellungen entwickelt. Inhaltlich stehen die drei folgenden Themenkreise im Vordergrund:

- Integration und Strukturwandel: Hier geht es um die Auswirkungen, die durch weltwirtschaftliche Integrationsprozesse im inländischen Unternehmenssektor ausgelöst werden. Sie äußern sich beispielsweise in der Tertiarisierung oder in Veränderungen der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen.

- Innovationsforschung: Treibende Kraft des Strukturwandels in hochentwickelten Volkswirtschaften ist der technische Fortschritt. Es werden daher Innovationsstrategien von Unternehmen als eine spezifische Form struktureller Anpassung und deren gesamtwirtschaftliche Auswirkungen analysiert.
- Umweltforschung: Wachsende Bedeutung gewinnt vor dem Hintergrund einer zunehmenden Knappheit von Umweltgütern die Frage eines an Nachhaltigkeitskriterien orientierten Strukturwandels. Aus diesem Grund werden die Wechselwirkungen zwischen wirtschaftlicher Aktivität und Beanspruchung natürlicher Ressourcen näher untersucht.

Die drei Themenkreise sind als miteinander zusammenhängende Bereiche konzipiert. Die Verbindung ergibt sich dadurch, dass bei den Forschungsarbeiten der Abteilung jeweils die folgenden Fragestellungen thematisiert werden:

- Determinanten des Strukturwandels: Es wird der Einfluss exogener Faktoren auf den Strukturwandel untersucht, so der Einfluss von Regulierungssystemen und strukturpolitischen Eingriffen.
- Mechanismen und Formen struktureller Anpassungsprozesse: Forschungsgegenstand sind hierbei das Anpassungsverhalten der Unternehmen und Konsumenten im Strukturwandel (mikroökonomische Ebene) sowie die dadurch ausgelösten Veränderungen in der arbeitsteiligen Struktur der Volkswirtschaft (mesoökonomische Ebene).
- Gesamtwirtschaftliche Implikationen des Strukturwandels: Es werden die Rückwirkungen strukturellen Wandels auf gesamtwirtschaftliche Zielgrößen analysiert. Das Forschungsinteresse richtet sich dabei vor allem auf die Frage, wie strukturelle Anpassungsprozesse das gesamtwirtschaftliche Wachstum und die Ressourcenallokation beeinflussen.

Im Rahmen mehrerer größerer Projekte wurden die Anpassungsprozesse in Ostdeutschland auf Unternehmens- und Branchenebene, die wirtschaftlichen Auswirkungen der Finanztransfers von West- nach Ostdeutschland und der Einfluss strukturpolitischer Eingriffe auf den Transformationsprozess untersucht. Ein aktuelles Projekt widmet sich den Bestimmungsgründen der Produktivitätslücke zwischen Ost- und Westdeutschland und den Implikationen für eine Konvergenz beider Regionen. Diese Arbeiten wurden zum Teil in Kooperation mit Mitarbeitern anderer Abteilungen des Instituts und externen Partnern (Institute der WGL, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg; Fachhochschule Anhalt) durchgeführt; in Vorbereitung ist überdies eine engere projektbezogene Zusammenarbeit mit einem Forscherteam der *Rijksuniversiteit Nijmegen* (NL). Vor dem Hintergrund der Ost-Erweiterung der EU gewinnen weitere Fragestellungen im Forschungsprogramm der Abteilung an Bedeutung, denn auch wegen der räumlichen Nähe der Beitrittsländer wird sich der wirtschaftliche Anpassungsdruck in ganz Deutschland intensivieren. Dieser Zusammenhang habe im laufenden Forschungsprogramm bereits seinen Niederschlag gefunden, so in Projekten zu den Konsequenzen eines grenzüberschreitenden Wettbewerbs auf den Märkten für Gesundheitsleistungen oder zu der Frage, inwieweit Aussenhandel

und Direktinvestitionen durch unterschiedliche Umweltschutzanforderungen beeinflusst werden.

A.III. Organisation und Ausstattung

Organisation

Organe des IWH e.V. sind die Mitgliederversammlung, der Vorstandsrat und der Vorstand. Darüber hinaus enthält die Satzung Bestimmungen zum Kollegium der wissenschaftlichen Abteilungsleiter und zur wissenschaftlichen Beratung (Wissenschaftlicher Beirat). Zu den Aufgaben der Mitgliederversammlung, der natürliche und juristische Personen angehören können, gehören:

- die Wahl der von der Mitgliederversammlung zu bestellenden Mitglieder des Vorstandsrates,
- die Wahl des Vorstandes und Abberufung von Vorstandsmitgliedern auf Vorschlag des Vorstandsrates,
- die Genehmigung des Haushaltsplanes, der Jahresrechnung und Entlastung der Mitglieder des Vorstandes,
- die Wahl der Rechnungsprüfer,
- die Beschlussfassung über den Ausschluss von Mitgliedern, die Änderung der Satzung sowie die Auflösung des Vereins.

Der Vorsitzende der Mitgliederversammlung sowie sein Stellvertreter werden von der Mitgliederversammlung für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig. Die Mitgliederversammlung soll mindestens einmal im Jahr zusammentreten. Die Vertreter des Bundes und des Sitzlandes sowie der Sprecher des Kollegiums und der Vorsitzende des Betriebsrates sind in der Mitgliederversammlung zu hören, wenn sie dies beantragen.

Der Vorstandsrat berät den Vorstand in allen Angelegenheiten des Vereins. Dem Vorstandsrat sollen Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, aus der Politik,

den gesellschaftlichen Gruppen und der öffentlichen Verwaltung angehören. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- Beschlussfassung über den Abschluss der Anstellungsverträge mit dem Vorstand,
- Genehmigung der Geschäftsordnung des Vorstandes,
- Aufstellung von Grundsätzen für die Anstellungsbedingungen der Mitarbeiter des Instituts,
- Beratung des jährlichen Forschungsprogramms,
- Beratung über den Voranschlag der Aufwendungen und Erträge,
- Beschlussfassung über den Ausschluss von Mitgliedern.

Der Vorstand besteht mindestens aus dem Präsidenten. Er kann durch bis zu zwei weitere Vorstandsmitglieder vergrößert werden. Ein Mitglied des Vorstandes soll für die Geschäftsführung zuständig sein. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung längstens für die Dauer von fünf Jahren gewählt. Der Vorstand ist insbesondere zuständig für:

- die Einberufung der Mitgliederversammlung und der Sitzungen des Vorstandsrates,
- die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung und des Vorstandsrates,
- die Aufstellung des Haushaltsplanes und der Jahresrechnung sowie die Aufstellung des Jahresberichtes und des Forschungsplanes,
- die Einstellung von Mitarbeitern,
- die Entscheidung in Fällen von grundsätzlicher oder erheblicher praktischer Bedeutung für die Aufgaben des Instituts.

Der Präsident führt die laufenden Geschäfte und leitet unter Mitwirkung des Kollegiums die wissenschaftliche Arbeit des Instituts. Er soll Hochschullehrer sein, der in der empirischen Wirtschaftsforschung ausgewiesen ist.

Der Vorstand und alle wissenschaftlichen Abteilungsleiter gehören dem Kollegium an. Für die Aufstellung des Haushaltsplanes und des Forschungsplanes sollen möglichst übereinstimmende Beschlüsse von Vorstand und Kollegium vorliegen. Das Kollegium ist vor der Wahl von Vorstandsmitgliedern und der Einstellung von Abteilungsleitern zu hören.

Der Wissenschaftliche Beirat soll die Forschungstätigkeit des Instituts regelmäßig bewerten. Ihm ist der Forschungsplan des Instituts zur Stellungnahme vorzulegen. Der Beirat besteht aus drei bis maximal fünf externen Sachverständigen, darunter möglichst einer aus dem Ausland. Die externen Sachverständigen werden vom Vorstandsrat für jeweils vier Jahre berufen. Der Beirat hat erstmals 1995 seine Arbeit aufgenommen. Er hat in seiner bisherigen Amtszeit in einem halbjährlichen Abstand schrittweise alle Forschungsabteilungen evaluiert. Bisher hat der Beirat besonderen Wert auf den Nachweis von Synergieeffekten gelegt und das Institut zu abteilungsübergreifenden Forschungsaktivitäten angeregt. Empfehlungen des Beirats waren u. a. Anlass für den Ausbau der Aktivitäten des Instituts im Bereich der Simulationsmodelle.

Ausstattung

Der Wirtschaftsplan des IWH weist für das Haushaltsjahr 1998 bei den Ausgaben einen Ansatz von 9,7 Mio. DM aus. Dem stehen Gesamteinnahmen von 8,1 Mio. DM aus der institutionellen Förderung und 1,5 Mio. DM aus der Drittmitteln gegenüber. Für Personalausgaben wurden 7,6 Mio. DM, für sächliche Verwaltungsausgaben 1,6 Mio. DM und für Investitionen 0,5 Mio. DM veranschlagt.

Über die Jahre 1995 bis 1998 hat das IWH insgesamt drittmittelfinanzierte Forschungsvorhaben im Volumen von 5,0 Mio. einwerben können. Hiervon entfielen auf Mittel des Bundes und der Länder rund 93 %. Mittel der Deutschen Forschungsgemeinschaft wurden in diesem Zeitraum nicht eingeworben (vgl. Anhang 4). Ein DFG-Antrag in Kooperation mit dem IAMO wurde im Jahr 1998 eingereicht. Diese Form der Drittmittelinwerbung soll nach Angaben des Instituts künftig einen höheren

Stellenwert einnehmen, auch um die seit 1998 an die DFG abfließenden Mittel wieder einwerben zu können.

Das IWH verfügt gegenwärtig (Stand: 30. September 1998) über insgesamt 63,5 grundfinanzierte Stellen, davon 38,5 Stellen für Wissenschaftler und 25,0 Stellen für nichtwissenschaftliches Personal (vgl. Anhang 2 und 3). Bei Gründung verfügte das IWH im Stellenplan über 66 Stellen. Von den Stellen für wissenschaftliches Personal sind rund ein Drittel befristet besetzt. Das IWH übernahm den Mitarbeitergrundstock aus Vorgängereinrichtungen der ehemaligen DDR. Von diesen Mitarbeitern sind derzeit noch zwölf Wissenschaftler in den Forschungsabteilungen des IWH tätig. Bei dem nachfolgend eingestellten wissenschaftlichen Personal handelt es sich in der Regel um Berufsanfänger, die einen akademischen Abschluss in den Wirtschaftswissenschaften haben. Das IWH weist darauf hin, dass es zunehmend schwieriger werden, qualifizierte berufserfahrene Mitarbeiter für das Institut zu gewinnen.

Knapp die Hälfte der wissenschaftlichen Mitarbeiter ist promoviert. Der Altersdurchschnitt der wissenschaftlichen Mitarbeiter beträgt 40,2 Jahre (inkl. Drittmittelpersonal, ohne Doktoranden, ohne drei wissenschaftlich ausgebildete Mitarbeiter in den Zentralen Diensten).

Das IWH hat 1994 etwa 1.600 m² Bürofläche am derzeitigen Standort in Halle bezogen. Das Gebäude befindet sich in Stadtrandlage und liegt verkehrsunünstig bezogen auf die Lage universitärer oder anderer wissenschaftlicher Einrichtungen. Trotz der verhältnismäßig guten Gebäudeausstattung bezeichnet das Institut die räumliche Situation daher als wenig zufriedenstellend. Das IWH hat sich deshalb um ein neues größeres Gebäude im Stadtzentrum in unmittelbarer Universitätsnähe bemüht. Die Genehmigung der Zuwendungsgeber zum Abschluss des Mietvertrages liegt inzwischen vor; für August 1999 ist der Bezug des neuen Gebäudes vorgesehen.

Der Aufbau einer einheitlichen, formal erfassten und systematisch erschlossenen Bibliothek wurde 1994 begonnen. Die Bibliothek ist als inhaltlich systematisch aufgestellte Freihandbibliothek konzipiert und über das Netz des IWH recherchierbar. Für den Aufbau der Bibliothek standen in den Jahren 1992 bis 1997 Investitionsmittel in

Höhe von 750 TDM zur Verfügung. Die Bibliothek verfügt heute über einen Bestand von rund 22.000 Monographien und etwa 360 laufende Zeitschriftentitel. Das Institut bewertet die Bibliotheksausstattung insgesamt als noch gut.

A.IV. Veröffentlichungen und Tagungen

Der interessierten Öffentlichkeit und der Wissenschaft stellt das IWH seine Arbeitsergebnisse größtenteils in eigenen Schriftenreihen, darüber hinaus über Tagungen, Vorträge, externe Publikationen und Monographien vor. Wichtigste Adressaten sind neben Vertretern der Wirtschaftspolitik und der Verbände Wirtschaftswissenschaftler und Wissenschaftler anderer Fachrichtungen, die sich mit Fragen der Transformation befassen. Wissenschaftliche Beiträge größeren Umfangs von Mitarbeitern bzw. Gästen des IWH werden in der „Forschungsreihe“ nach einem internen Begutachtungsverfahren publiziert. Mit den „Sonderheften“ veröffentlicht das IWH sonstige Arbeiten wie Gutachten und gemeinsam mit anderen Institutionen erarbeitete Berichte und Konferenzmaterialien. Seit Anfang 1995 erscheint im Drei-Wochen-Turnus die Zeitschrift „Wirtschaft im Wandel“. In ihr werden die aktuellen Forschungsergebnisse des IWH und Positionen des Instituts zu wirtschaftspolitisch relevanten Fragestellungen an die wissenschaftliche und an eine weitere wirtschaftlich interessierte Öffentlichkeit vermittelt. Ab 1999 gibt das IWH unter dem Titel „Schriften des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle“ eine eigene Buchreihe im Nomos-Verlag heraus.

Im Jahre 1998 wurde von Mitarbeitern des Instituts veröffentlicht:

- fünf Monographien (1997: eine; 1996: sechs; 1995: vier; 1994: drei),
- 21 Beiträge zu Sammelwerken (1997: 14; 1996: 15; 1995: 41; 1994: 33),
- 18 Aufsätze, davon fünf referiert (1997: 21, davon fünf referiert; 1996: 15; davon vier referiert; 1995: 35; davon sechs referiert; 1994: 20, davon zwei referiert),
- 75 Beiträge zu hauseigenen Schriften (1997: 94; 1996: 83; 1995: 63; 1994: 85)

Das Institut geht davon aus, dass im Rahmen der Etablierung des IWH Beiträge von Mitarbeitern in extern referierten Zeitschriften immer stärkeres Gewicht erlangen.

Zum Austausch von Forschungsergebnissen nutzt das IWH wissenschaftliche Tagungen, Seminare und Workshops, die das Institut selbst durchführt oder die von anderen universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen veranstaltet werden. Zu den vom IWH veranstalteten Tagungen zählen: Äußere und innere Integration der deutschen Wirtschaft (1996), Determinanten der Produktivitätslücke in Ostdeutschland (1997), Europas Zukunft als Sozialstaat – Herausforderungen der Integration (1998). In den Jahren 1994 bis 1998 haben die Mitarbeiter des Instituts Vorträge auf 376 auswärtigen Veranstaltungen gehalten. In 243 Fällen wurden die Kosten durch Dritte erstattet.

A.V. Kooperationen und Förderung des Nachwuchses

Die engste Kooperation unterhält das IWH mit der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Der Präsident des IWH ist zugleich Hochschullehrer an der Universität; es gibt jedoch keine formale Verknüpfung der Stelle des Präsidenten mit der eines Hochschullehrers, beide Stellen sind in unabhängigen Berufungsverfahren besetzt worden, wobei Vertreter der Universität in der Berufungskommission für den Präsidenten des IWH mitwirkten. Darüber hinaus sind einzelne IWH-Mitarbeiter als Lehrbeauftragte an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität tätig. Auf der anderen Seite betreuen Hochschullehrer der Universität Doktoranden des IWH. Weitere projektbezogene Forschungskontakte bestehen zur Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, zur Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder), zur *Texas A & M University*, zum IAMO (Abteilung Mittel- und Osteuropa), zur *Yonsei-University* (Seoul) und der *Columbia-University* (New York) sowie der *University of Sussex* (Brighton).

Im Hinblick auf außeruniversitäre Forschungseinrichtungen existiert eine formale Kooperation mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsfeldforschung (IAB) sowie dem Institut für Sozialökonomische Strukturanalysen GmbH (SÖSTRA), bezüglich der Beteiligung des IWH an der Befragung, Datenauswertung und -analyse im Rahmen des IAB-Betriebspanels im Themenbereich „Entwicklung und Strukturen des verarbeitenden Gewerbes und des Baugewerbes in den neuen Bundesländern“. Weitere

projektbezogene Forschungskontakte existieren zum Institut für Höhere Studien, Wien, den Wirtschaftsforschungsinstituten der Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz oder dem *Center for Labour Market and Social Research*, Århus, und dem Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (Halle).

Das IWH ist darüber hinaus in EU-Netzwerke eingebunden. Zur erwähnen ist ein Projekt unter Federführung des IWH, das die Bedingungen für die Herausbildung mittelständischer Unternehmen in den mittel- und osteuropäischen Reformstaaten untersucht. Ein zweites Vorhaben wurde von der *University of Leicester* koordiniert und im Oktober 1998 abgeschlossen. Das IWH will die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen, insbesondere auf internationaler Ebene, zukünftig verstärken. Die hierzu erforderlichen wissenschaftlichen Kontakte werden von den Forschungsabteilungen vorbereitet (z. B. mit der *Rijksuniversiteit Nimegen*). Die angestrebte Kooperationsform sind gemeinsame Forschungsvorhaben.

Die Weiterqualifizierung der wissenschaftlichen Mitarbeiter und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses erfolgt bei IWH durch folgende Maßnahmen:

- Wissenschaftliche Mitarbeiter, die durch das Hochschulsonderprogramm III oder durch Teilzeitplanstellen finanziert werden, können im Rahmen ihrer Tätigkeit promovieren.
- Die anderen wissenschaftlichen Mitarbeiter werden ermutigt, sich durch Promotion oder Habilitation weiter zu qualifizieren.
- Das IWH versucht, Kapazitätsprobleme durch eine zeitlich begrenzte Freistellung in bestimmten Phasen der Promotion oder Habilitation zu mildern.
- Seit 1997 werden studentische Hilfskräfte längerfristig und in größerem Umfang beschäftigt. Dies dient u. a. dazu, Studenten an die empirische Wirtschaftsforschung heranzuführen.
- In den Forschungsabteilungen werden regelmäßig Praktikanten aus Hochschulen oder Fachhochschulen beschäftigt, die meist in laufende Forschungsprojekte einbezogen werden.
- Das IWH veranstaltet regelmäßig Seminare mit internen und externen Referenten, die der Weiterbildung der IWH-Mitarbeiter dienen.

Zurzeit arbeiten im IWH fünf Mitarbeiter an ihrer Promotion und ein Mitarbeiter an seiner Habilitation.

Seit Anfang 1994 haben 28 wissenschaftliche Mitarbeiter das IWH verlassen. Zum Teil hat sich das Institut nach Ablauf befristeter Arbeitsverträge von Mitarbeitern getrennt. Eine Reihe von Mitarbeitern hat das Institut im Rahmen ihrer beruflichen Weiterentwicklung zugunsten anderer Positionen verlassen. Zwei Mitarbeiter des IWH haben einen Ruf an eine Fachhochschule bzw. an eine Universität angenommen.

A.VI. Künftige Entwicklung

Die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland und in den mittel- und osteuropäischen Transformationsländern wird auf absehbare Zeit das zentrale Forschungsfeld für das IWH bleiben. Das Institut geht jedoch davon aus, dass mit dem Hineinwachsen Ostdeutschlands und der Transformationsländer in die fortschreitende Integration der Güter- und Faktormärkte in Europa neue Forschungsthemen innerhalb des Forschungsfeldes an Bedeutung gewinnen. Diese Themen bildeten über die Verbindung zwischen Transformation und europäischer Integration eine Weiterentwicklung des Hauptarbeitsgebiets, wiesen aber auch über den engen Bezug zu Ostdeutschland hinaus.

Weiterentwicklungen bisheriger Arbeitsthemen erwartet das Institut im einzelnen auf folgenden Arbeitsgebieten:

Entwicklung der Sozialen Sicherungssysteme

Das Institut geht davon aus, dass zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter in Deutschland auch eine Lösung des Konflikts zwischen sozialer Sicherung und einer produktivitätsorientierten Entlohnung zu leisten ist. Von vordringlicher Bedeutung ist aus dieser Sicht die Evaluierung möglicher Instrumente zur Integration von Geringqualifizierten in den Arbeitsmarkt. Auch Maßnahmen zur Arbeitskosten

senkung wie etwa die sich im europäischen Kontext abzeichnende Tendenz zur Reduktion der gesetzlichen Alterssicherung auf eine Grundversorgung spielen eine Rolle. Erkennbar ist, dass die Ausgestaltung der sozialen Sicherung ein zunehmendes Gewicht als Standortfaktor erhält. Zu den relevanten Vorarbeiten des Instituts aus diesem Themenkomplex gehören eine Studie zum „Kombilohn“ sowie Untersuchungen zur Reform der Alterssicherung und zur geringfügigen Beschäftigung.

Unternehmerische Anpassungsstrategien

Das IWH sieht künftige Forschungsaktivitäten darin, Determinanten von Innovations- und Diversifikationsaktivitäten von Unternehmen zu analysieren. Dem zugrunde liege die Ausweitung der internationalen Arbeitsteilung, die zu einer Erosion bisheriger Wettbewerbsvorteile deutscher Anbieter geführt hat. Um auch künftig ein hohes Wohlstandsniveau halten zu können, sieht das Institut die Notwendigkeit, die vorhandenen Wettbewerbsstärken im Bereich humankapitalintensiver Produktionsbereiche auszubauen. Vorarbeiten zu dieser Thematik stellen die im Rahmen der Strukturberichterstattung durchgeführten Arbeiten zu den betrieblichen und sektorspezifischen Determinanten von Wettbewerbsfähigkeit dar. Das Institut sieht in der vertraglich vereinbarten Beteiligung des IWH an der Konzipierung und Auswertung des IAB-Betriebspanels eine wichtige Grundlage für weitere Analysen.

Kommunalforschung

Das IWH will seine Kompetenz auf dem Gebiet der Kommunalforschung ausbauen. Es will zur Herausarbeitung effizienter Institutionen und Strategien der kommunalen Entwicklung und damit zur Neubestimmung der kommunalen Position im vereinten Europa beitragen. Dabei sollen auch Ansätze der Stadtsoziologie berücksichtigt werden, da die Probleme der Kommunen über traditionelle ökonomische Fragestellungen hinausreichen. Das Institut begründet seine Themenwahl damit, dass mit dem Übergang zur Marktwirtschaft in Ostdeutschland die Wiedereinführung von autonomen kommunalen Körperschaften verbunden war, die nun mit den aus den alten Ländern bekannten Problemen konfrontiert sind. Hinzu kommen spezifisch ostdeut

sche Probleme (hohe Arbeitslosigkeit, „eingefrorene“ Siedlungsstrukturen, mangelnde Steuerbasis, marode Infrastruktur usw.).

Osterweiterung der Europäischen Union

Das Institut geht davon aus, dass im Zuge der Osterweiterung der Europäischen Union die Mobilität der Produktionsfaktoren zunehmen wird. Die Auswirkungen dieser höheren Mobilität auf Allokation, Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung sollen untersucht werden. Die Verschiebung der Außengrenzen der Union nach Osten begründet zudem auch in Zukunft ein wissenschaftliches und politisches Interesse an Transformationsprozessen. Ein weiterer wesentlicher Aspekt des europäischen Integrationsprozesses ist die Einführung des Euro, die eine drastische Änderung der Rahmenbedingungen für die nationalen Wirtschaftspolitiken bewirkt, da national nutzbare Instrumente entfallen. Dieses gelte auch für die Transformationsländer, die der EU, dem europäischen Währungsmechanismus und danach der Währungsunion beitreten werden. Für die empirische Wirtschaftsforschung stellt sich nach Ansicht des Instituts zuerst die Aufgabe, einen geeigneten Analyserahmen zur Beurteilung und Beratung nationaler und supranationaler Politiken zu entwickeln. So soll die Konjunkturanalyse und -prognose des IWH auf die Euro-Regionen ausgedehnt werden.

B. Bewertung

B.I. Zur wissenschaftlichen Bedeutung

Das 1992 neu gegründete Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) ist das einzige außeruniversitäre Wirtschaftsforschungsinstitut der Blauen Liste in den neuen Bundesländern. Mit seiner Konzentration auf die sozialen und ökonomischen Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa verfolgt das Institut klar umrissene Fragestellungen, die die Forschungsprogramme anderer außeruniversitärer Wirtschaftsforschungsinstitute sinnvoll ergänzen. Zwar wird auch an anderen Orten zum Strukturwandel und zur Konjunkturentwicklung in Deutschland oder zu Arbeitsmarktfragen in den neuen Ländern gearbeitet; hinsichtlich der Gründungskonzeption des Instituts, vor allem hinsichtlich der Breite und Systematik der auf Ostdeutschland bezogenen Forschungsthemen sowie der empirisch-statistischen Fundierung der Untersuchungen, spielt das Institut jedoch eine hervorgehobene Rolle. Das IWH verfügt über ein gutes wissenschaftliches Entwicklungspotential, das es bereits heute zu einem gefragten Kooperationspartner im In- und Ausland macht.

Bezogen auf seine wissenschaftliche Leistungsfähigkeit hat das Institut in den letzten Jahren eine sehr positive Entwicklung genommen. Nach einer schwierigen Aufbauphase, die vor allem durch personelle Unbeweglichkeiten gekennzeichnet war, ist es der Leitung inzwischen gelungen, durch eine flexible Personalpolitik, eine Umstrukturierung der Forschungsorganisation und neue wissenschaftliche Impulse die Leistungsfähigkeit des Instituts zu erhöhen.

Zu begrüßen ist, dass das IWH bei seiner empirischen Fokussierung auf Ostdeutschland überregionale Fragestellungen einbezieht, wirtschaftliche Interdependenzen zwischen Ost- und Westdeutschland berücksichtigt und Vergleiche mit anderen europäischen Regionen herstellt. Das Forschungsprogramm sollte jedoch noch stärker auf Transformationsprozesse konzentriert werden und an die international vergleichende Transformationsforschung unter Einbeziehung anderer, auch westeuropäischer, Länder anschließen. Ein weiteres Thema sollten die mit dem Beitritt verschiedener Länder zur EU vorhandenen Probleme sein. Zu diesem Zweck sollte dar

über nachgedacht werden, die bestehende Abteilungsstruktur zu verändern und quer zu den Abteilungen befristete Arbeitsgruppen zu bilden.

B.II. Zu den Arbeitsschwerpunkten

Die Leistungen der einzelnen Arbeitsgruppen und Abteilungen des IWH sind gegenwärtig wie folgt einzuschätzen:

Die Kapazitäten der Abteilung Konjunktur und Wachstum sind im wesentlichen durch die zweimal jährlich stattfindenden Gemeinschaftsprognosen absorbiert, die methodisch solide durchgeführt werden. Es werden eigene Erhebungen bei ostdeutschen Unternehmen durchgeführt, die über die entsprechenden Konjunkturindikatoren anderer Institute hinausgehen. Auf dieser Basis werden eigene empirische Untersuchungen angestellt. Neben der Mitarbeit an der Gemeinschaftsprognose, die im Interesse einer angemessenen Berücksichtigung der relevanten Entwicklungen in den neuen Ländern unverzichtbar ist, werden zusätzliche Forschungsfragestellungen, etwa zu Fragen der Geldpolitik, verfolgt. Die Abgrenzungen zur Abteilung Strukturwandel sind nicht immer eindeutig; die in einer anderen Abteilung durchgeführten makroökonomischen Modellbildungen passen systematisch eher in die Abteilung Konjunktur und Wachstum.

In der Abteilung Strukturwandel werden insgesamt gute Forschungsergebnisse erbracht, die aus einem konsistenten Forschungsprogramm resultieren. Die Arbeiten sind stark theoriegeleitet, es wird Grundlagenforschung betrieben, die an aktuelle Theorienentwicklungen anschließt. Die in der Abteilung geleistete Innovationsforschung wird aber noch zu wenig in den wirtschaftswissenschaftlichen Diskussionskontext eingebracht. Die Ursachen dafür liegen im wesentlichen darin, dass die jungen Mitarbeiter noch nicht in ausreichendem Maße durch die wissenschaftliche Leitung begleitet und gefördert werden. Fragen zur Umweltpolitik werden in der Abteilung ebenfalls im Kern kompetent bearbeitet. Zu bemängeln ist allerdings, dass die Umweltpolitik sich zu einseitig auf spezifische Probleme in Ostdeutschland konzentriert.

riert und die Verknüpfung von umweltpolitischen Fragen mit Investitionsentscheidungen vernachlässigt wird.

Die Arbeiten der Abteilung Arbeitsmarkt orientieren sich stark an aktuellen wirtschaftspolitischen Themen. Hinsichtlich der methodischen Qualität repräsentieren die Forschungsarbeiten den aktuellen Stand unter Verwendung der einschlägigen ökonomischen Verfahren. Die makroökonomische Kompetenz der Abteilung ist insgesamt als gut einzuschätzen. Das Forschungsprogramm der Abteilung muss jedoch weiter fokussiert werden. Die in Ansätzen bereits vorhandene interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen (Soziologie) sollte ebenso verstärkt werden wie die internationalen Kooperationen.

Die Arbeiten der Abteilung Regional- und Kommunalforschung sind insgesamt noch vorwiegend deskriptiv, institutionenökonomische Fragestellungen sind aber im Ansatz vorhanden. Die statistische und wirtschaftsgeographische Kompetenz der Abteilung ist gut, die einschlägige regionaltheoretische Forschung wird jedoch noch zu wenig berücksichtigt. Der Abteilung ist bislang ein guter Feldzugang gelungen, die Drittmittelakquisition läuft gegenwärtig an. Die kommunalwissenschaftliche Ausrichtung ist prinzipiell zu begrüßen und wird an keiner anderen Stelle in dieser Form verfolgt. Die Projekte zu den ökonomisch benachteiligten Regionen und zu den Strukturproblemen in Stadtregionen werden hoch kompetent bearbeitet. Forschungsk Kooperationen mit dem Institut für Regionalforschung Erkner (IRS) und im Rahmen der Akademie für Raum- und Landesplanung (ARL) in Hannover haben sich entwickelt. Die Abteilung muss sich jedoch in Zukunft noch stärker auf international vergleichende Projekte hin orientieren. Angesichts der geringen Größe der Abteilung sollte geprüft werden, ob eine Zusammenlegung mit einer anderen Abteilung des IWH sinnvoll und möglich ist.

Die Abteilung Mittel- und Osteuropa leistet insgesamt gute Arbeit, insbesondere die Projekte zum Außenhandel und zur Handelspolitik bzw. zur Integration und Transformation monetärer Märkte werden kompetent durchgeführt. Der Bereich Transformationsprozesse in Russland fügt sich jedoch unter regionalen Gesichtspunkten

nicht schlüssig in diese Abteilung ein. Die Abteilung wirbt zu wenig Drittmittel ein und ist bei der Akquisition zusätzlicher Mittel insgesamt sehr zögerlich.

B.III. Zur Organisation und Ausstattung

Satzungsgemäßer Auftrag und Zusammenarbeit der Organe des IWH haben sich bewährt. Die Kompetenzen von Vorstandsrat und Wissenschaftlichem Beirat sollten jedoch zukünftig gleichwohl schärfer abgegrenzt werden. Der Vorstandsrat sollte Aufsichtsfunktionen wahrnehmen und nicht, wie in der Vergangenheit vorrangig, beratende Funktionen ausüben. Der Direktor muss in Zukunft gemeinsam mit der Universität berufen werden und das Institut im Hauptamt führen.

In der Folge der notwendigen Fokussierung des Forschungsprogramms sollte eine Veränderung der Organisationsstruktur des Instituts geprüft werden. Stärker als bisher sollte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, quer zu den bestehenden Fachabteilungen befristete Arbeitsgruppen zu bilden. Dieses würde auch dazu beitragen, die internen Kooperationen weiter zu stärken. Außerdem böte es die Möglichkeit einer systematischen Personalentwicklung der wissenschaftlichen Mitarbeiter, denen befristet Führungsfunktionen in den zu bildenden Arbeitsgruppen übertragen werden könnten. Gemessen an der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter weist die Organisation des IWH eine zu hohe Binnendifferenzierung auf; eine Reduktion der Abteilungen sollte deshalb erwogen werden.

Die finanzielle und personelle Ausstattung des IWH ist angemessen. Die Einwerbung von Drittmitteln muss jedoch erhöht und verstetigt werden. Dass bislang keine Mittel der DFG eingeworben werden konnten, ist unbefriedigend; eine Verbesserung dieser Situation muss in den nächsten Jahren Priorität haben.

Unter neuer Leitung ist es dem Institut gelungen, den Altersdurchschnitt der wissenschaftlichen Mitarbeiter wesentlich zu senken und den Anteil an befristet beschäftigten Wissenschaftlern zu erhöhen. Diesen Weg sollte das Institut konsequent fortsetzen.

B.IV. Zu den Publikationen

Durch die Einstellung neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter, den Start einer eigenen Buchreihe im Nomos-Verlag und die Etablierung eines internen Referee-Verfahrens hat das Institut in den letzten Jahren die Voraussetzungen geschaffen, um seine Veröffentlichungsleistungen zu steigern. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt publizieren die Mitarbeiter jedoch in noch zu geringem Maße in externen referierten Fachzeitschriften. Dies ist vornehmlich darauf zurückzuführen, dass für die meist jüngeren Mitarbeiter zunächst die Voraussetzungen für externe Publikationen geschaffen werden mussten. Einzelne Forschungsleistungen und das insgesamt gute Niveau der wissenschaftlichen Arbeiten lassen erwarten, dass sich das Institut bereits in naher Zukunft auch im Rahmen von einschlägigen Veröffentlichungen in der wissenschaftlichen Fachgemeinschaft präsentieren wird. Auf Tagungen und Workshops sind die Mitarbeiter des Instituts bereits heute in erfreulichem Maße vertreten.

B.V. Zu den Kooperationen und der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Zwischen dem IWH und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat sich in den letzten Jahren eine fruchtbare Zusammenarbeit entwickelt. Durch einen förmlichen Kooperationsvertrag zwischen beiden Einrichtungen und eine zukünftig gemeinsame Berufung auf die Stelle des Präsidenten des IWH kann diese Entwicklung weiter befördert und gefestigt werden. Für die Hochschule stellt das IWH wichtige Infrastruktureinrichtungen (z. B. Bibliothek) bereit, die den Studenten der Universität zur Verfügung stehen. Außerdem sind alle Professoren der Volkswirtschaftslehre mit dem Institut über gemeinsame Veranstaltungen, Forschungsprojekte und andere Kooperationsformen verbunden. Eine Forschungszusammenarbeit, die zu gemeinsamen Publikationen oder zur gemeinsamen Beantragung von DFG-Fördermitteln oder eines Sonderforschungsbereichs führt, hat jedoch bisher noch nicht stattgefunden. Insgesamt muss sich das Institut künftig in Kooperation mit der Universität stärker als Partner darstellen, der selbst Anforderungen an die Universität stellt.

Auf internationaler, insbesondere europäischer Ebene hat das IWH eine Reihe von Kooperationskontakten knüpfen können. Eine weitere Verstärkung, insbesondere in Form gemeinsamer Forschungsvorhaben, ist jedoch notwendig.

Da institutionenökonomische Kompetenz am IWH bislang erst unzureichend vertreten ist, dieser Ansatz für die Bearbeitung der Fragestellungen aber genutzt und fruchtbar gemacht werden sollte, wird dem Institut empfohlen, sich um eine Kooperation mit dem Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena zu bemühen. Eine solche Kooperation könnte zu einer stärkeren theoretischen Fundierung dieses Arbeitsbereiches beitragen.

Das IWH verfügt über ein systematisches Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses. So ist zu begrüßen, dass für jeden Mitarbeiter des Instituts bei der Einstellung ein individueller Forschungsplan erstellt wird, der auch Publikationsverpflichtungen enthält. Die Pläne zur Einrichtung einer internationalen *summer school* sollten umgesetzt werden. Ein nächster wünschenswerter Schritt für eine gezielte Nachwuchsförderung könnte in der Beantragung eines Graduiertenkollegs gemeinsam mit der Universität liegen.

B.VI. Zusammenfassung

Das IWH hat seit seiner Gründung im Jahre 1992 eine erfolgreiche Aufbauarbeit geleistet. Unter neuer Leitung wurden das Forschungsprofil geschärft, die interne Forschungsorganisation umstrukturiert, eine flexible Personalpolitik eingeführt und neue wissenschaftliche Impulse gesetzt. Diese Neuorientierung hat zu einer wesentlichen Steigerung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit des Instituts geführt. Mit seiner Konzentration auf die sozialen und ökonomischen Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Mittel- und Osteuropa ist das Institut inzwischen ein gefragter Kooperationspartner im In- und Ausland.

In den Abteilungen und Forschungsprojekten des Instituts wird überwiegend gute wissenschaftliche Arbeit geleistet. Die Abteilung Konjunktur und Wachstum ist im

wesentlichen durch die zweimal jährlich stattfindenden Gemeinschaftsprognosen beschäftigt, die methodisch solide durchgeführt werden. Darüber hinaus erfolgen empirische Untersuchungen auf der Basis eigener Erhebungen. In der Abteilung Strukturwandel werden insgesamt gute Forschungsergebnisse erbracht, die auf einem konsistenten Forschungsprogramm basieren. In einzelnen Bereichen, wie etwa der Innovationsforschung, ist das Entwicklungspotential jedoch noch nicht ausgeschöpft. Die Arbeiten zur Umweltpolitik sollten sich nicht nur auf Ostdeutschland konzentrieren und investitionspolitische Fragestellungen einbeziehen. Die Arbeiten der Abteilung Arbeitsmarkt repräsentieren methodisch den aktuellen Forschungsstand; die interdisziplinäre Zusammenarbeit mit anderen Disziplinen sowie die internationalen Kooperationen müssen jedoch verstärkt werden. In der Abteilung Regional- und Kommunalforschung wird in verschiedenen Themenbereichen aner kennenswerte wissenschaftliche Arbeit geleistet, insgesamt ist die Abteilung jedoch noch zu stark deskriptiv ausgerichtet, institutionenökonomische Ansätze werden erst recht begrenzt genutzt. Angesichts der jetzigen Größe der Abteilung sollte geprüft werden, ob eine Zusammenlegung mit einer anderen Abteilung des IWH sinnvoll und möglich ist. Die Abteilung Mittel- und Osteuropa leistet insgesamt gute Arbeit, das Arbeitsgebiet Transformationsprozesse in Russland fügt sich jedoch unter regionalen Gesichtspunkten nicht schlüssig in die Abteilung ein. Die Drittmittelinwerbung der Abteilung ist unbefriedigend.

Die Organisation des IWH hat sich im Grundsatz bewährt. Die Aufgaben von Vorstandsrat und Wissenschaftlichem Beirat sollten gegeneinander abgegrenzt werden, der Vorstandsrat sollte sich ausschließlich auf seine Aufsichtsfunktion beschränken.

Im Rahmen der weiteren Fokussierung des Forschungsprogramms sollte eine Veränderung der Organisationsstruktur geprüft werden. Das IWH weist angesichts der Zahl der wissenschaftlichen Mitarbeiter eine zu hohe Binnendifferenzierung auf. Eine Reduktion der Abteilungen sollte deshalb erwogen werden.

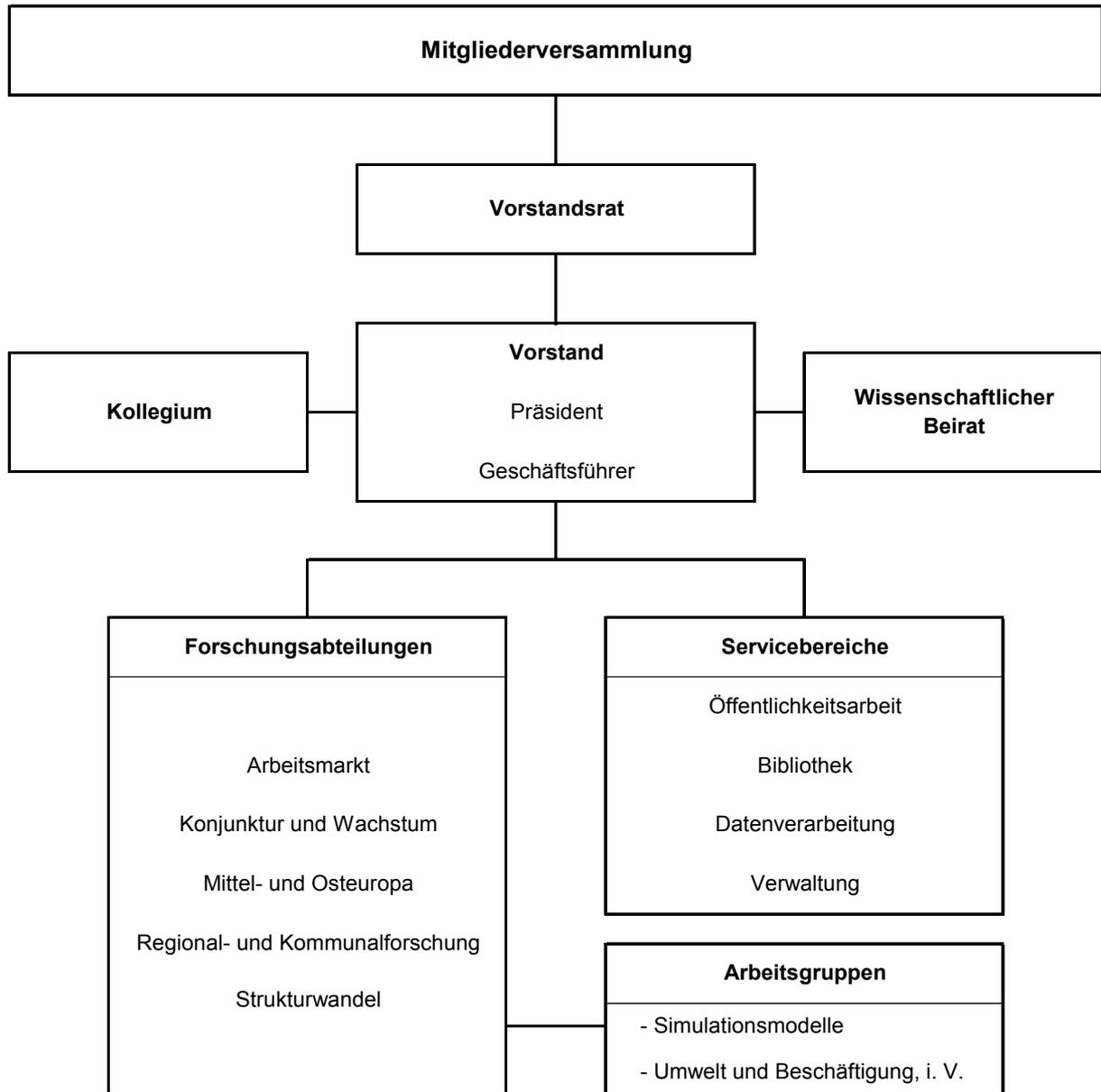
Die Einwerbung von DFG-Mitteln muss in den nächsten Jahren Priorität haben.

Zwischen dem Institut und der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg hat sich in den letzten Jahren eine gute Zusammenarbeit entwickelt, die weiter ausbaufähig ist. Für die Erweiterung institutionenökonomischer Kenntnisse sollte eine Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut zur Erforschung von Wirtschaftssystemen in Jena geprüft werden.

Das IWH verfügt über ein systematisches Konzept zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, das weitergeführt werden sollte. Die Beantragung eines Graduiertenkollegs zusammen mit der Universität Halle-Wittenberg sollte als nächster Schritt in Erwägung gezogen werden.

Anhang 1

Organigramm des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle



Quelle: IWH

Anhang 2

Stellenplan des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (ohne Drittmittel)

Stand: 30. September 1998

Stellenbezeichnung	Wertigkeit der Stellen (Besoldungs- / Vergütungsgruppe)	Zahl der Stellen insgesamt (Soll)
Stellen für wissenschaftliches Personal BAT	S (B4)	1,0
	S (B3)	1,0
	I	4,0 ¹⁾
	Ia	7,0
	Ib	9,0 ¹⁾
	IIa	16,5 ¹⁾
Zwischensumme		38,5
Stellen für nichtwissenschaftliches Personal (alle BAT)	III	3,0
	IVa	3,0
	IVb	3,0
	Vb	9,0
	Vc	3,0
	VIb	2,0
	VII	2,0
Zwischensumme		25,0
I n s g e s a m t		63,5

1) Jeweils eine Stelle ist durch eine Person mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung im Vorstand bzw. in den Zentralen Diensten besetzt.

Quelle: IWH

Anhang 3

Verteilung der Stellen für wissenschaftliches Personal im Institut für Wirtschaftsforschung Halle auf die einzelnen Arbeitsbereiche (Ist)

Stand: 30. September 1998

Arbeitsbereich / Forschungsabteilung (FA)	institutionelle Stellen			drittmittelfinanzierte Beschäftigungsverhältnisse			Doktorandenstellen			Stellen für wissenschaftliches Personal		
	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt	insgesamt	darunter befristet besetzt	darunter unbesetzt
Vorstand	2,0 ¹⁾	1,0	-	-	-	-	-	-	-	2,0 ¹⁾	1,0	-
Zentrale Dienste	2,0 ²⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	2,0 ²⁾	-	-
FA Arbeitsmarkt	7,5	3,5	-	0,5	0,5	-	-	-	-	8,0	4,0	-
FA Konjunktur und Wachstum	9,0	1,0	-	2,0	2,0	-	-	-	-	11,0	3,0	-
FA Mittel- und Osteuropa	6,0	2,0	-	1,0	1,0	-	-	-	-	7,0	3,0	-
FA Regional- und Kommunalforschung	4,0	1,0	0,5	0,5	-	-	-	-	-	4,5	1,0	0,5
FA Strukturwandel	8,0	2,0	-	2,0	2,0	-	0,5	0,5	-	10,5	4,5	-
I n s g e s a m t	38,5 ¹⁾²⁾	10,5	0,5	6,0	5,5	-	0,5	0,5	-	45,0 ¹⁾²⁾	16,5	0,5

1) darunter der Geschäftsführer mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung

2) darunter die Leiter der EDV bzw. der Öffentlichkeitsarbeit, beide mit abgeschlossener wissenschaftlicher Hochschulausbildung

Quelle: IWH

Anhang 4

Vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle
in den Jahren 1995 bis 1998 eingeworbene
Drittmittel und Drittmittelgeber

Stand: 30. September 1998

Forschungsabteilungen	Drittmittelgeber	Drittmittel in TDM (gerundet)				Summe
		1995	1996	1997	1998 ¹⁾	
Arbeitsmarkt	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	-	-	-	-	-
	Land/Länder	-	29	51	17	97
	EU	-	-	-	-	-
	Wirtschaft	14	-	-	-	14
	Stiftungen	-	-	-	-	-
	Sonstige	-	-	-	-	-
Summe		14	29	51	17	111
Konjunktur und Wachstum	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	451	498	362	314	1.625
	Land/Länder	-	-	-	53	53
	EU	-	-	-	-	-
	Wirtschaft	11	11	11	11	44
	Stiftungen	-	-	-	-	-
	Sonstige	4	-	-	-	4
Summe		466	509	373	378	1.726
Mittel- und Osteuropa	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	144	135	118	199	596
	Land/Länder	-	-	-	-	-
	EU	2	-	-	-	2
	Wirtschaft	-	-	-	-	-
	Stiftungen	-	-	-	19	19
	Sonstige	-	-	-	-	-
Summe		146	135	118	218	617
Regional- und Kommunalforschung	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	236	255	-	127	618
	Land/Länder	90	-	150	-	240
	EU	-	-	-	-	-
	Wirtschaft	-	-	-	2	2
	Stiftungen	-	-	-	-	-
	Sonstige	13	12	-	-	25
Summe		339	267	150	129	885
Strukturwandel	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	357	344	265	395	1.361
	Land/Länder	-	-	-	11	11
	EU	-	-	-	-	-
	Wirtschaft	73	58	-	-	131
	Stiftungen	-	-	-	-	-
	Sonstige	16	70	33	-	119
Summe		446	472	298	406	1.622
Summen Drittmittelgeber	DFG	-	-	-	-	-
	Bund	1.188	1.232	745	1.035	4.200
	Land/Länder	90	29	201	81	401
	EU	2	-	-	-	2
	Wirtschaft	98	69	11	13	191
	Stiftungen	-	-	-	19	19
	Sonstige	33	82	33	-	148
Insgesamt		1.411	1.412	990	1.148	4.961

1) Für das Jahr 1998 wurden die geplanten Einnahmen zugrundegelegt.

Quelle: IWH

Anhang 5

Verzeichnis der vom Institut für Wirtschaftsforschung Halle vorgelegten Unterlagen

- Antworten des IWH auf den Fragebogen des Wissenschaftsrates
- Organigramm und Organisationsplan
- Satzung
- Berufungsordnung für den Präsidenten des IWH
- Forschungsplan, Stand: Januar 1995
- Darstellung der derzeit laufenden Forschungspläne sowie individuelle Forschungspläne, aufgegliedert nach Abteilungen
- Wirtschaftsplan 1998
- Tätigkeitsbericht 1997
- Stellenplan, Stellenverteilungsplan sowie Mitarbeiterlisten nach Dienstbezeichnungen und Arbeitsbereichen
- Übersichten über eingeworbene Drittmittel und Drittmittelgeber 1994 bis 1998 sowie Liste der Drittmittelprojekte
- Literaturliste 1994 bis 1998 einschließlich quantitativer Übersicht
- Listen über abgeschlossene Promotions- und Habilitationsarbeiten, Lehrveranstaltungen an Hochschulen, Gastwissenschaftler am IWH, größere nationale und internationale Veranstaltungen am Institut und Gastaufenthalte von Wissenschaftlern des IWH an anderen Instituten im Zeitraum von 1994 bis 1998
- Liste der Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats und des Vorstands
- Protokolle des Wissenschaftlichen Beirats 1996 bis 1998
- Liste der Kooperationsverträgen mit Universitäten, Fachhochschulen, Firmen etc.
- Gründung und Entwicklung des IWH
- Presseauswertung vom September 1998
- *Wirtschaft im Wandel*, Heft 7/1998